

Der Dampfer  
er Stelle des  
hat; nur ein

Die einsamen  
he des Herrn  
Halbe Br.

langert.  
Sand-Sau

gegend  
490 u. 6140.

e

W1160

Stunden

betriebsfamilien  
st für 10 Pf.  
Volksstimme

ne.

ost frei.  
westlichen  
der amt-

Wasser-  
der Soldat  
klar zur  
plabschiff  
Frontlinie.  
Blätter 1-5  
festhalten  
bis in das  
ationen auf

ndern  
ennen  
mpagne  
esen  
nur

sur. Seen  
walki  
wie  
tz  
rschau  
enstochau  
om-Rawa  
kiden  
pathen  
st  
a  
ndau  
na  
wel  
sk  
a (Minsk)

imme  
on 17.

**Abonnements:**  
Monatlich 55 Pfennig ausschließlich  
Trägerlohn; durch die Post bezogen  
bei Selbstabholung vierteljährlich  
Mark 2.10, monatlich 70 Pfennig.  
Erscheint an allen Wochentagen  
nachmittags.  
  
Telegramm-Adresse:  
„Volksstimme, Frankfurt/Main“.  
Telephon-Anschluß:  
Amt Sanja 7435, 7436, 7437.

# Volksstimme

**Inserate:**  
Die Spalten-Preisliste kostet 15 Pf.,  
bei Wiederholungsbett nach Tarif.  
Inserate für die 10. Jahrgang  
müssen bis 1. März in der Ex-  
pedition Wiesbaden aufgegeben  
sein. Schluß der Inseratenannahme  
in Frankfurt a. M. vorm. 9 Uhr.  
  
Postfachkonto 529.  
Union-Druckerei u. Verlagsanstalt,  
G. m. b. H., Frankfurt a. M.  
(nicht „Volksstimme“ adressieren!)

**Sozialdemokratisches Organ für Wiesbaden-Biebrich-Rheingau, Lahntal, Westerwald**

Verantwortlich für Politik und Allgemeines: Richard  
Wittich, für den übrigen Teil: Gustav Hammer,  
beide in Frankfurt a. M.

**Separat-Ausgabe für Wiesbaden**  
Redaktion, Verlag und Haupt-Expedition: Frankfurt am Main, Großer Hirschgraben 17.  
Redaktionsbüro: Wehrh. 49, Telephon 1026. — Expedition: Bleichr. 9, Telephon 3715.

Verantwortlich für den Inseratenteil: Georg Moler.  
Verlag und Druck: Union-Druckerei und Verlags-  
anstalt, G. m. b. H., sämtlich in Frankfurt am Main.

Nummer 69

Mittwoch den 22. März 1916

27. Jahrgang

## Sozialdemokratischer Antrag zum U-Bootstreit.

### Eine Warnung.

Von Heinrich Schulz, M. d. R.

Als die deutsche Sozialdemokratie am 4. August 1914 über ihre tiefen geschichtlichen Gegensätze zu den herrschenden bürgerlichen Klassen hinweg dem Deutschen Reich die geforderten Kriegskredite bewilligte, brachte sie damit ein außerordentlich schweres Opfer. Wenn es nach ihrem Willen und Handeln gegangen wäre, hätte es keinen Krieg gegeben. Ihre Politik war von jeher auf internationale Verständigung gerichtet; mit den Arbeitern der übrigen Länder verband sie jahrzehntelange enge Kameradschaft; ihre Tätigkeit im eigenen Lande galt unausgesetzt der kulturellen Erziehung des Volkes und darum auch zugleich der Bekämpfung der Kriegsur- sachen, die aus den kapitalistischen Gegensätzen der Nationen entspringen.

Gegen den Willen und gegen die bis zur letzten Minute unerinnliche Friedenspropaganda der deutschen Sozialdemo- kratie war trotzdem der Krieg ausgebrochen. Jetzt stand sie vor der Frage, ob sie in dem ihr aufgedrungenen schweren Konflikt ihre internationalen oder nationalen Pflichten voran- zustellen habe. Da bei Kriegsausbruch die eigentlichen An- stifter des Völkerverderbens nicht festzustellen waren, da vor allen Dingen die deutsche Regierung zum mindesten nicht als schuldiger anzusehen war als die Regierungen der feindlichen Länder, entschied sich die deutsche Sozialdemokratie zunächst rückhaltlos für die Verteidigung des eigenen Landes. Sie vertrat die Unterwerfung der Schuldfrage und andere not- wendigen Schlussfolgerungen aus dem Kriegsausbruch, bis der Brand gelöscht ist, bis die Landesgrenzen gesichert sind und ein ehrenvoller Frieden erreicht ist. Wir machten wahr, was wir immer betont hatten: in der Stunde der Gefahr ließen wir das eigene Land nicht im Stich.

Diese Entscheidung hat der deutschen Sozialdemokratie große Schwierigkeiten und tiefe Herwürfnisse eingetragen. In den eigenen Reihen wurde die Kreditbewilligung des 4. August und ihre späteren Nachfolgerinnen leidenschaftlich bekämpft. Die ausländischen Sozialdemokraten, besonders die der feind- lichen Länder, überschütteten uns von jenem Tage an mit wil- den Anklagen und Schmähungen.

Das hat uns nicht irre machen können. Wer am 4. August 1914 im Interesse der Landesverteidigung und zum Schutz der deutschen Arbeiterinteressen aus innerer Überzeugung für die Kriegskredite gestimmt hat, mußte dieser Auffassung bis zur Stunde treu bleiben, weil die Voraussetzungen noch immer die gleichen geblieben sind: die Landesgrenzen sind noch immer nicht völlig gesichert und die Gegner noch immer nicht zum Frieden geneigt. Wohl haben die deutschen Seere Größes geleistet. Sie haben kriegerische Leistungen vollbracht, die in Anbetracht der feindlichen Uebermacht aus Wunderbare gren- zen. Sie haben die Westfront unüberwindlich gesichert und sind jetzt drauf und dran, selber mit kräftigem Stoß die feindliche Front zu zerreißen. Sie haben die Millionenheere Rußlands in das Innere des Landes zurückgedrängt. Sie haben im Verein mit ihren Verbündeten die Seere Ser- biens und Montenegros erpresst und die Verbindung mit dem Orient hergestellt. Sie haben auf dem Meer kühne Sel- denitäten vollbracht.

Wir sind nicht so anmaßend, zu behaupten, die Millionen Sozialdemokraten in Meer und Marine wären besonders gute Soldaten und sie allein hätten die deutschen Seere unüber- windlich gemacht. Wohl aber wagen wir die Behauptung, daß die entschiedene und tatkräftige Beteiligung der deutschen Sozialdemokratie an der Landesverteidigung, an der Front wie im Innern, es in erster Linie gewesen ist, die dem deut- schen Meer solche Geschlossenheit, Schwungkraft und Wucht ge- geben hat, daß es von Sieg zu Sieg eilen konnte.

Leider hat aber alle Kraftanstrengung und bisherige Ein- heitlichkeit Deutschlands es noch nicht vermocht, die Gegner zum Frieden geneigt zu machen. Noch vor kurzem hörten wir wieder aus dem Munde des obersten Staatsmannes der ver- einigten Gegner die absehbare Lebensart von der Zer- trümmerung des preussischen Militarismus. Statt dessen aber schämen die deutschen Waffenerfolge die sehr unwürdigen und höchst gefährlichen Wirkung zu haben, gewisse Kreise in Deutsch- land selber übermütig zu machen und für Kriegsziele zu be- geistern, die der Einheitlichkeit der Nation vom 4. August und später ins Gesicht schlagen. Die U-Boot-Anträge der Konservativen und Nationalliberalen im Reichstage sind nicht nur unverblühte Herausforderungen der Reichsregierung, die selber leben muß, von ihrem Standpunkt aus damit fertig zu werden, sie sind auch Herausforderungen der deutschen Sozial- demokratie. Nicht die Tatsache, daß die Nationalliberalen und noch mehr die Konservativen den Reichstag zu Sondierungen auffordern, die sie bisher keiner Kontroverse unwillig vorzuent- halten bemüht waren, bringt unter Blut in Wallung. Im Gegenteil! Wir begrüßen mit Vergnügen die unmissverständ- liche Wirkung des Krieges, die über Nacht aus den zähesten Gegnern des parlamentarischen Regierungssystems eine eif- rigsten Befürworter und Anwender gemacht hat. Wir sehen

darin eine wertvolle Fortentwicklung des Parlamentarismus in Deutschland und werden nicht verfehlen, unsere Forderungen daraus zu ziehen. Aber in der Sache, um die selbst die Konservativen die Daumenschrauben des parlamentarischen Systems in Bewegung setzen, noch dazu in einem für die Kriegführung und Landesverteidigung höchst bedenklichen Zeitpunkt, erhebt sich die deutsche Sozialdemokratie zur ent- schlossensten und schonungslosesten Gegnerin gegen die Konservativen und Nationalliberalen und alle ihre Anhäng- sel. Wir Sozialdemokraten haben den uns heiligen Empfin- dungen der internationalen Solidarität blutenden Herzens Gewalt angetan, als das Wohl des eigenen Landes es er- heischte. Die fröndelnden Konservativen und Nationallibe- ralen scheinen sich den Teufel um dieses Wohl zu scheren, wenn sie ihre wirtschaftlichen Interessen in Gefahr wahren oder vom Stachel schrankenloser Eroberungspolitik gelockt werden.

Für die Sicherung des Landes, für die Gesamtheit des Volkes und die Freiheit seiner wirtschaftlichen und kulturel- len Entwicklung hat die deutsche Sozialdemokratie die schwer- sten Opfer gebracht, für robuste Interessenspolitik und streupel- lose Kriegführung konservativer, nationalliberaler und son- stiger Großwahnvorstellungen obfern wir dagegen nicht einen Mann und nicht einen Pfennig. Wir werden im Gegenteil gegen solche Verräterpolitik den leidenschaftlichen Jorn des Volkes wachrufen. Mit den Millionen Sozialdemokraten leben Millionen bürgerlicher Männer und Frauen das Ende des Krieges herbei. Gemeinsam werden sie sich gegen eine Politik abspinnen und sie zu Boden zu schlagen wissen, die den Krieg in leichtfertiger Weise verschlimmern und verlängern würde. Die Anträge der Konservativen und Nationalliberalen, auch der Anfang des Zertrümmers, sind bereits höchst gefährliche Schritte auf dieser Bahn. Wir warnen vor jedem weiteren Schritt! Sonst wird sehr bald ein fürchterliches Volksgericht über die bürgerlichen Kriegswüterie hereinbrechen!

### Der Gegenhieb.

Die sozialdemokratische Reichstagsfrak- tion hat folgenden Antrag beschlossen:

Der Reichstag wolle beschließen, dem Herrn Reichskanz- ler folgende Erklärung zu übermitteln: Der Reichstag urteilt die Erwartung aus, daß bei den Verhandlungen über die Anwendung der U-Bootwaffe alles vermieden wird, was die berechtigten Interessen neu- traler Staatenschieden und eine unnötige Verschärfung des Krieges bewirken könnte. Der Reichstag erwartet vielmehr, daß die Regierung alles tun wird, um einen baldigen Frieden herbeizuführen, der die Unverletzlichkeit des Meeres, seine politische Unabhängig- keit und wirtschaftliche Entwicklungsfreiheit sichert.

Als Redner in der politischen Debatte sind die Fraktions- vorstehenden C. B. e. r. t. und S. c. h. e. i. d. m. a. n. n. anzuersuchen worden.

Dieses Vorhaben der Fraktion entspricht den von uns aus- gesprochenen Wünschen. Der Wortlaut des Antrages ist sachlich gehalten und kann wohl ermöglichen, daß sich eine Mehrheit dafür findet. Nun kommt es darauf an, die Aussprache zu gestalten, daß sie nutzbar wird für unser Friedensstreben und für das Verlangen nach erweiterter Parlamentskontrolle.

### Barrikadenhinderung und Petitionsturm.

In mehreren Blättern wird aufmerksam gemacht, daß die Konservativen und Nationalliberalen ihr Vorhaben so unge- schickt begonnen haben; sie merken gar nicht, daß zwischen Ab- sicht und Vollbringen ein unübersteigliches Hindernis liegt in Gestalt der Geschäftsordnung des Reichstages. Räumlich als Initiativantrag können die Anträge nicht zur Verhandlung kommen, bevor nicht alle vorher eingereichten Initiativ- anträge erledigt sind. Deren liegen aber eine ganze Reihe vor, und da der Reichstag mit sogenannten Schwerinstagen jetzt überaus langsam umgeht, ist nicht daran zu denken, daß vor dem Herbst der Weg frei würde. Etwas besser steht es, wenn die Antragsteller ihre Anträge in Resolutionen zum Budget umwandeln; aber auch diese Resolutionen dürfen nach der Geschäftsordnung nicht bei der ersten, sondern erst bei der zweiten Lesung des Etats, also wenn er aus der Kommission kommt, erörtert und zur Abstimmung gebracht werden. Mit- hin: die Barrikade ist, wenn nicht unübersteiglich, so doch erst so spät zu überklettern, daß der Zweck einer raschen Entwir- lung auf den Unterseefriede nicht zu erzielen ist.

Es wird aber auch gemunkelt, den Antragstellern sei dieser Umstand gar nicht unlieb; sie hätten von vornherein damit ge- rechnet. Das ist vielleicht zu viel gesagt; aber es kann schon sein, daß die Herrschaften hoffen, die bloße Langsamkeit des Torpedos würde auf den Kanzler penigend Eindruck machen, so daß es des Abdruckes gar nicht bedürfte. Damit haben sie sich verrechnet. Nun versuchen sie es mit einem Petition- rummel. Das „Berl. Tagebl.“ schreibt darüber:

„Von den verschiedensten Seiten gehen uns Mitteilungen über eine Agitation zu, die von den Gegnern der Regierung gegenwärtig betrieben wird. Man bemüht sich, mit Aufzügen und Petitionslisten

Ramensunterschriften in großen Massen einzusammeln, und so eine gewaltige „Kundgebung“ für einen verhängnisvollen U-Boot-Krieg, die natürlich in Wahrheit eine Mißtrauenskundgebung für die Regie- rung sein soll, zu inszenieren. Es ist uns bekannt geworden, daß ein Aufruf dieser Art, zur Unterstützung der konservativ-national- liberalen Anträge, auch an die Lehrerkollegien verschickt worden ist. Ferner haben uns zahlreiche Personen mitgeteilt, daß man sie, auf verschiedenartigen Wegen, um ihre Unterschrift ersucht habe. Unter den Aufrufen oder unter einem Teil davon scheint der Name des Herrn Fuhrmann zu prangen. Ein Leser schreibt uns, daß in dem Familienlokal „Waldrichen“ in Dahlem, und also ver- muthlich auch in anderen Lokalen, Kellner von Tisch zu Tisch gehen und den Gästen Petitionslisten zur Masseneinsammlung vor- legen. Es handelt sich hier um einen großen Aufzug, und zwar um einen, der alles übertrifft, was man für möglich gehalten hätte. Daß selbst mehrere Millionen Unterschriften von Leuten, die über die sehr schwierigen technischen, militärischen und politischen Grund- lagen der betreffenden Frage gänzlich uninformatiert sind, nicht den mindesten Beifall hätten und nicht den mindesten Eindruck machen können, ist klar!“

Dieser Rummel verdient eine besondere Abstrafung. Wenn liberale Blätter sagen, die Erörterung der konservativ- nationalliberalen Anträge im Reichstag sei durchaus uner- wünscht, so fordern wir im Gegenteil, die Erörterung so vor- zunehmen, daß den Urhebern der Anträge Hören und Sehen verweigert.

In allen Ländern gibt es eine Clique der Gewaltgläubigen. Ihre Politik bedeutete in Friedenszeiten eine immer vorhandene Kriegsgefahr und im Krieg ist sie das schlimmste Hindernis des Friedensschlusses. Die russischen, englischen, französischen Kriegsschürer sind in Deutschland zur Genüge abbrandmarkt worden. Nun gilt es, die heimischen Gewalt- anbeten so zu kennzeichnen, daß jeder sie kennt. Es sind die- selben Leute, von denen Bethmann Hollweg einst sagte, sie führen das Schwert im Munde.

### Der gestrige Tagesbericht.

Großes Hauptquartier, 21. März. (W. B. Amtlich.)  
**Westlicher Kriegsschauplatz.**

Westlich der Maas erfuhr man nach sorgfältiger Vorbereitung bayerische Regimenter und württembergische Landwehrbataillone die gesamten Karl ausgebau- ten französischen Stellungen in und am Walde nordöstlich von Avocourt. Neben sehr erheblichen blutigen Verlusten büßte der Feind bisher 32 Of- fiziere, darunter zwei Regimentskommandeure, und über 2500 Mann an unversehrten Gefangenen, sowie viel noch nicht gezähltes Kriegsgerät ein. Gegenstände, die er versuchte, brachten ihm keinen Vorteil, wohl aber weite- ren schweren Schaden.

Ostlich der Maas blieb das Gesichtsbild unverändert.

### Ostlicher Kriegsschauplatz.

Die Russen dehnten ihre Angriffe auch auf den äußersten Nordflügel aus. Südlich von Riga wurden sie blutig abgewiesen, ebenso an der Düna-Front und westlich von Jaksstadt härtere feindliche Erkun- dungsabteilungen.

Gegen die deutsche Front nordwestlich von Posen und zwischen Marnow- und Wisniew-See richteten sie Tag und Nacht besonders starke, aber vergebliche Angriffe. Die Verluste des Feindes entsprechen dem Masseneinsatz an Leu- ten. Eine weit vorrührende schmale Ausbuchtung unserer Front hart südlich des Marnow-Sees wurde zur Vermeidung umfassenden Feuers um einige Hundert Meter auf die Höhen bei Rijniki zurückgenommen.

### Balkan-Kriegsschauplatz.

Abgesehen von unbedeutenden Patrouillenplänkereien an der griechischen Grenze ist die Lage unverändert.

Oberste Seeresleitung.

### Oesterreichisch-ungarischer Tagesbericht.

Wien, 21. März. (W. B.) Amtlich wird verlautbart:

### Russischer Kriegsschauplatz.

Die Gefechtsstärke stellenweise erhöht, namentlich bei der Armee Pjanzer-Polzin.

### Italienischer Kriegsschauplatz.

Die Lage ist im allgemeinen unverändert. Feindliche An- griffe auf die von uns gewonnenen Stellungen am Komboz



und Itali Stb wurden abgewiesen. In Rombo brachte eine neuerliche Unternehmung 81 gefangene Italiener ein.

### Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Unsere Flieger erschienen nachts über Vlor (Salona) und bewarfen den Hafen und die Truppenlager erfolgreich mit Bomben. Sie kehrten trotz heftiger Beschichtung unverletzt heim.

Lage in Montenegro und Albanien unverändert ruhig.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabs:  
v. Höfer, Feldmarschallleutnant.

### „Generaloffensive“ und Verdun.

Im Pariser „Temps“ war am 18. März die Rede von einem umfassenden Plan der Entente für das militärische Zusammenarbeiten, die sich in dem russischen Vordringen von Kermanschan gegen Mesopotamien, den neuen Angriffen der Italiener zur Verhinderung österreichischer Truppenbewegungen nach Galizien äußerte und sich verabschieden wurde durch die Ausführung eines weitreichenden Gesamtplanes, in dem die serbische Armee eine Rolle spielen und sämtliche Flotten der Alliierten mitwirken würden. Da selbst bei der Entente nicht ähnlich ist, solche Pläne auf offenem Markt auszusprechen, handelt es sich jedenfalls um einen bluff. Gewiss sind aber Bemühungen im Gange, um ein Zusammenwirken zu erzielen. Der italienische Generalissimo Cadorna ist unterwegs nach Paris und London: sichtlich handelt es sich darum, die Abmachungen von Chantilly, deren erste Wirkung wohl vorliegt in der neuen Luftoffensive, so auszuweiten, daß Italien sich dazu anstrengt. Nur ist ganz unwahrscheinlich, daß Italien sich dazu bereit ist: es ist an der Front gegen Österreich zur defensiven „Offensive“ verurteilt und die erfolgreichen Vorstöße, die unsere Verbündeten in den letzten Tagen machten, können Cadorna als Warnung dienen. Er hat keine Kräfte überflüssig. An mehreren Stellen müßten die Italiener ihre Front bereits zurücknehmen! Alles, was Cadorna den Franzosen zunächst bieten konnte, war dieser Ausdruck zu einem Mitarbeiter des „Zeit Journal“, der mit ihm reiste: „Unsere Offensive wird in energischer und heftiger Weise an der einzigen Front wieder aufgenommen, an der wir gegenwärtig handeln können. Aber es ist notwendig, daß das Wetter dies gestattet. Gegenwärtig sind die Lavinen, welche häufig Soldaten begraben, unter schneeförmigen Feind.“

Die einzige Front und das Wetter — das klingt für Frankreich nicht sehr beruhigend.

Auch auf Hilfe von England lauert Frankreich noch vergebens. Joffre erhielt von Halgh, dem britischen Oberkommandierenden, ein Telegramm: die britische Armee befinde die Opfer, die die französischen Truppen bei Verdun bringen und bräde den Franzosen Bewunderung aus; worauf Joffre antwortete, die französische Armee wisse, daß, als kürzlich an die Kameradschaft der britischen Armee appelliert wurde, diese als Antwort ihre lauffähigen und schnellste Hilfe anbot. Versucht deutlich! Und den Kommentar liefert folgende Meldung aus London: Die Einberufung der zweiten Gruppe der Reserveinfanterie wurde aufgehoben. Wie wird den Franzosen?

Pariser Zeitungen führen fort, eine unvermeidlich fortgesetzende materielle und moralische Ermüdung der Deutschen vor Verdun zu verzeichnen. Der „Matin“ meint, daß die Schlacht dahin neige, endgültig einzuschlafen. Das „Echo de Paris“ glaubt, daß die Deutschen die Front bei Malancourt nicht überwinden werden. Ein Erfolg sei ebenso unwahrscheinlich wie anderswo. Die Antwort darauf folgte auf der Stelle: diese Front ist an einer Stelle bereits angebrochen.

Was nun? Gewiss ist das schrecklich blutige Ringen längst nicht entschieden; aber fuhrbreit um fuhrbreit rücken die Deutschen den Franzosen näher an den Leib. Täte man in Frankreich nicht gut daran, das Gethier von uns widergegebene Wort Renaudels zu beherzigen und danach zu handeln? Generaloffensive, Generaloffensive — aber was nützt es den Franzosen, wenn die Russen tiefer in Persien eindringen, vielleicht in Armenien vorwärts kommen und

sogar Mesopotamien näherücken, wenn derweil Frankreichs Beste, ja Frankreichs letzte Kraft gebrochen wird?

Aus Neuenburg wird gemeldet, daß die französische Regierung 20 000 der aus der Gegend von Verdun fortgeschickten Einwohner nach schweizerischen Grenzorten sandte. Die Leute sind meistens sehr arm und notleidend. Zu ihrer Unterstützung soll in Zürich ein Hilfskomitee gebildet werden.

### 1792 oder?

Es gibt in Frankreich und selbst in manchen neutralen Ländern immer noch Leute, die davon sprechen, daß der Weltkrieg des Imperialismus eigentlich eine Fortsetzung des Kampfes zwischen der französischen Revolution — repräsentiert durch den Bierverband — und der Autokratie, zwischen dem Prinzip des freien Gedankens und der mittelalterlichen Weltanschauung sei. Sogar die Anarchisten Kropotkin, I. Gräbe und Kallata haben derlei Ansichten dieser Tage im „Temps“ aufgeführt, um den „vorzeitigen“ Frieden zu verdammen. Die Wahrheit dieser Geschichtsdeutung sei durch die nachstehende Episode aus den Kämpfen bei Verdun beleuchtet, die der Pariser Korrespondent der „Amsterdamer Tijd“ aus dem Munde eines in jenen Kämpfen verwundeten Offiziers vernommen hat: „Noch lebe ich den Bischof mit seinem Stab aus der Richtung von Souilly ankommen und an der hinteren Seite der Festungswerte kampieren, wo er seinen Rundgang macht, die Belagerte von gefährlich verwundeten hört, Sterbende abschleift und an allen Werken der Barrikaden teilnimmt. Es war da ein Hin und Her von zurückkehrenden französischen gepanzerten und von begeisterten französischen Regimentern, die dem Opfer entgegenkamen, das ihnen schon durch die hier und dort springenden Bomben an den bestrichenen Gesichtern angekündigt war. Niemand empfing sie die allgemeine Absolution vom Bischof, der nach ein großes Kreuz über sie zeichnete, während sie jauchzend vorrückten.“ Der Rat und die Pflichten des Bischofs sind natürlich aller Ehren wert. Aber das Bild der lebenden Regimenter deutet jedenfalls nicht darauf hin, daß der Geist der République laïque et démocratique, der weltlichen Demokratie, über den Heerführer schwebt. Man geht wohl auch nicht fehl, wenn man annimmt, daß die Bekehrung solcher eindrucksvoller Schaulustler mit ihrer Rekrutierung nicht ohne Begünstigung der oberen Armeestellen geschieht, an deren Spitze in der Person des Generals de Castelnau ein fanatischer Monarchist und monarchistischer Parteigänger steht.

### Vom See- und Handelskrieg.

#### „Lubantia“ und „Palemang“.

Die niederländische Regierung gab bekannt, daß die Auslieferung der dem holländischen Gesandten in Berlin am Abend des 19. ds. Mts. zugewiesenen Instruktion, denen zufolge er auf Grund der Erklärungen der Personen an Bord des Dampfers „Lubantia“ die deutsche Regierung um Einleitung einer Untersuchung ersuchen sollte, infolge der inzwischen vom deutschen Gesandten im Haag namens seiner Regierung abgegebenen Erklärung unterblieben ist. Daraus anknüpfend verlangt der „Nieuwe Courant“, die niederländische Regierung solle sich mit dem Gesandten um Einleitung einer näheren Untersuchung an die britische Regierung wenden. Bekanntlich hat die britische Regierung sich nur indirekt und unverbindlich geäußert. — Am Dienstagabend ist das Bergungsschiff „Reban“ nach der Stelle, wo die „Lubantia“ sank, ausgefahren. An Bord befinden sich zwei Marineoffiziere, Taucher und anderes Personal.

Der Meldung, daß das Galloper Leuchtschiff abgetrieben ist und daß in der Nähe des ordnungswidrigen Woyes des Feuer-schiffes ein Brand beobachtet wurde, wird in Holland Bedeutung beigelegt, da die „Palemang“, deren Untergang in Holland tiefste Erregung gegen Deutschland erweckt, nach den Klageberichten gerade am Galloper Leuchtschiff torpediert sein soll. Möglicherweise konnte also das abgetriebene Leuchtschiff irtzgeführt haben, so daß der Dampfer in eins der gefährlichen Minenfelder geraten ist. Das Feuer-schiff bei Gallop ist das stillesche Englands und liegt weit vorgeschoben vor der Themsemündung. Hebrigen sprechen auch englische Berichte von einem Minenunglück, nicht von Torpedierung.

#### Agitation für großbritannischen Schutzoll.

Rotterdam, 21. März. (B. V.) Der „Rotterdamse Courant“ meldet aus London: Der australische Premierminister Hughes, der

sich tatsächlich zum Führer der Reichstanzbewegung gemacht hat, hielt in der City wiederum eine Rede, in der er sich für eine schütz-göllerische Tarifpolitik aussprach. Die „Times“ lobt ihn deshalb und schlägt vor, Hughes, der bereits einer Rabinetsberatung beigewohnt hat, für die Dauer des Aufenthalts in England zu einem richtigen Mitgliede des aus Rabinetsmitgliedern bestehenden Kriegsrates zu machen.

#### Amerikanische Handelschiffahrt.

New York, 17. März. (B. V. Richtmisch.) Durch Funkpruch von dem Vertreter des B. T. S. Wie die Associated Press aus Washington erfährt, beabsichtigt die hiesige Audenbach-Dampfschiff-fahrts-Gesellschaft einen Verlehrs großer Frachtdampfer zwischen New York, Rio de Janeiro, Montevideo, Buenos Aires und Kapstadt einzurichten.

#### Die Russen auf dem Wege zum Persischen Golf.

Kopenhagen, 21. März. (B. V.) Wie die Petersburger Zeit-graphenagentur meldet, haben die Russen am 19. März Tspahan eingenommen.

Die Russen sind also weit über das „Interessengebiet“, das ihnen durch das Abkommen mit England zugestanden war, vorgedrungen, und gerade dadurch wird den Engländern bei diesem Vormarsch nicht ganz wohl sein. Nach dem Zweitmärzland herüber können die Russen von Tspahan nicht zurück; allein die zur persisch-türkischen Grenze 17 800 Kilometer Entfernung in der Luftlinie, und das amischen haben auf steilem Gelände die streitbaren Nachfahren, die Heinde Rußlands. Aber wenn die Russen weiter so vordringen (die Verfer können ja nicht viel Widerstand leisten), werden sie an den Persischen Golf kommen. England betet still, der Zug möge mäßig-lingen.

#### Die Teilung der Erde.

Der „Avanti“ widmet einen ironischen Leitartikel der Frage der kleinen Nationen. Heute ist die Erde, heißt es darin, in zwei Teile geteilt. In zwei große Mächte, die sich den Sieg streift machen: Bierverband und Mittelmächte. Auch die Geschichte kennt nur noch zwei Verloben: der 1914 und nach 1914. Vor dem Krieg war das Nichts. Und jetzt ist Krieg. Und Krieg bleibt von jetzt an der normale Zustand. Jetzt stehen sich gegenüber: böse und gut, Tyrann und Anarchist. Alles Gute ist natürlich im Bierverband, alles Schlechte in den Mittelmächten verpackt. Plötzlich bringt der Fall von Egerum aber doch wieder die Erinnerung an eine Zeit zurück, in der einmal das Böse in einer Nacht des heiligen Bierverbands verpackt schien. Man sprach damals von Ruß-lands armenischen Plänen als einem gefährlichen Imperialismus. Heute aber scheint die Expansion in Armenien als Erdölver-lagerung zu werden. Inzwischen wären doch anerkanntermaßen die armenischen Unabhängigkeitsgedanken und revolutionären Ideen nicht besonders gern von Rußland gesehen worden. Und ob die Aufnahme Armeniens in den großen Bereich des russischen Imperiums als Teil für seine Bewohner angesehen werden kann, scheint dem Leitartikel auch allerdings nicht sehr zu gefallen. Der „Avanti“ hat für diese Rationalitätsfragen immer die eine Lösung bereit: Konstituierung unabhängiger Staaten. Finnland, Kurdistan, Polen, Ukraine, Armenien, Georgien, Elß, Lothringen usw., alles soll selbständig und unabhängig werden. Also statt einer Teilung der Länder unter den Mächten Aufteilung von innen heraus in lauter kleine und kleinste Staaten. Doch die Kleinstaaterei aber gerade nicht immer als Fortschritt und auch nicht als Friedens-bürgschaft ohne weiteres anzupreisen ist, das fühlt er offenbar doch, denn gerade für den Balkan schlägt er immer als einzig mög-liche Lösung den Zusammenschluß vor.

#### Vermischte Kriegsnachrichten.

In Bremen wurde eine für den 21. März geplante Volksver-sammlung, in welcher das Abgeordnete Heule über die neuen Steuer-vorlagen sprechen wollte, nicht genehmigt. In Leipzig war nautisch etwas Ähnliches vorgekommen: eine vom sozialdemo-kratischen Parteivorstand weitergegebene telegraphische Beschwerde schaffte rasch Abhilfe. Nun wird erneut nötig, den Reichstanzler an-

zu schreiben. — „Aber...“ — „Wohl halten!“ ... Man will einen Brief schreiben. „Gibt's nicht...“ Die trübseligen Blüten, mit welchen die betreffenden Antworten verzieren werden, sind natür-lich durchaus nicht druckfähig. Hebrigen lassen sie sich ins Deutsche nicht übertragen.

So sah das gemüthliche Institut aus, in dem wir steden ge-schrieben waren. Wir lagen nun da und fragten und vergeblich, was da zu machen wäre. Hungerig und elend waren wir; Geld hatten wir keines. — man darf nämlich kein Geld auf den Weg mitnehmen —; für unsere Verwandten waren wir verschollen; nicht die leiseste Ahnung hatten sie davon, wo wir hingeraten waren. Ihnen Nachricht geben? Ausgeschlossen; wie gesagt, durf-ten keine Briefe geschrieben werden. Und so saßen wir — hilflos und kraftlos, mit der einzigen Aussicht, in dem erbärmlichen Loch verrecken zu müssen.

Wir brüteten vor uns hin. Ach, ein Mensch, der so was nicht miterlebt hat, kann sich gar nicht vorstellen, bis zu welchem Grade die Gedanken und Wünsche unter solchen Verhältnissen zusammen-schrumpfen. Ein schönes, unerreichbares Ideal, von dem ich da-mals träumte, war mir mein liebes, trautes Heim... Im War-schauer Festungsgang! Was würde ich nicht dafür geben, — pflegte ich dann zu sagen und ich meinte es durchaus ernst — wenn ich jetzt in meiner Festungsgasse liegen könnte! Aber auch solch ein Traum schien mir schon verneinlich. Sonst war ich viel beschreibener in meinen Wünschen. Als ich mein Abendessen ge-nah, — es bestand aus einem Stück Schwarzbrot — träumte ich davon, wie schön es wäre, dazu ein kleines Stüchchen Wurst zu bekommen. Nicht um sich daran satt zu essen, bewahre! Nein, es handelte sich um eine ganz kleine Scheibe, so groß etwa wie ein Wackelbrot: bloß um sich daran satt zu riechen und es vielleicht auch im Munde zu halten, so lange ich an dem harten Brote kauen konnte.

Aber hinter diesen kleinen, elenden Wünschen erstobte doch unaufhörlich die große Wunschdominante: nur durchhalten zu können!

Alles erdulden, alles ertragen will ich, es soll mir nur das eine gelingen: am Leben zu bleiben.

Doch es mir tatsächlich gelungen ist, diese Hölle lebend zu verlassen, ist ein wahres Wunder. Du wirst ja, daß ich seit vielen Jahren an einer sehr ersten Nierenkrankheit leide. Unter einer Glasglocke müssen Sie leben, pflegte mir mein Arzt zu sagen. Und doch gefasch das Unfassbare: dieser fische, kraft- und blutlose Organismus raffte sich zu einer wunderbaren Anpassungsfähigkeit zusammen. Ganz ohne Zutun meines Intellektes! Es war, als ob eine jede Faser in meinem Körper sich im stillen sagte: nun geht es um Leben und Tod, nun gilt es! Und der schwächliche Körper straffte sich und hielt durch.

## Seuilleton.

### Briefe eines Auserkandenen.

Mit anderen politischen Diktirungen erlangte der russisch-polnische Sozialdemokrat Redem durch den Einmarsch der Deutschen in Warschau die Freiheit. In acht Briefen, die das Heft: Kriegs-gefangener der „Südd. Monatshefte“ veröffentlicht, schildert Redem, wie es in russischen Gefangnissen zugeht. Den letzten Brief geben wir hier wieder. Redem war aus Warschau, wohin er später zurückgeschickt wurde, abtransportiert. Wie es ihm weiter erging, schildert er also:

Wir werden in einen langen Korridor gebracht, schwarz und dunkel ist er wie ein Stollen. Dann wird eine Seitentür geöffnet, und eine dröhnende, widerliche, feuchtwarme Luftwelle schlägt uns entgegen. Wir werden hineingeführt, die Tür fällt ins Schloß, und wir stehen und schauen verzagt einander an.

Stelle Dir eine Stube vor, acht Schritte lang und ebenso breit. Einnahme der ganze Raum ist von zwei mächtigen Bretterprüfeln eingenommen, die von beiden Seiten bis an die Wände reichen. Bloß in der Mitte gibt es einen schmalen Durchgang. Und auf den Brettschienen, zwischen den Prüfeln, ja unter den Prüfeln wimmelt es von Menschenleibern; stehend, liegend, hockend, in einem wirren Durcheinander erblickt man sie da, ekelhaft, zusammenge-drängt, schmutzig, schwitzend, zerlumpt und verkommen. Wie zum Hohn hängt ein Anschlag an der Tür: „Raum für 9 Mann“. So sind aber reichlich 25 ds. Und es war noch einer von den „glück-lichen“ Tagen. Manchmal fleg es bis in die 35 hinauf...

Geschlafen wird auf bloßen Brettern; Strohsäcke gibt es keine. Und es sind noch die Glüdpilze, die sich eines solchen Logers er-freuen dürfen: eines Brettes von zwei bis drei Hand breit; die übrigen müssen unter der Prüfel schlafen; auf dem kalten Appell-boden. Als Kissen dient für den einen der Beine, für den anderen — seine stinkenden Stiefeln, für den dritten — die eigene Faust. Vor einer Dede ist überhaupt keine Rede.

Und dann der Schmutz, der Gestank, das Ungeziefer... Sind ja doch Leute dabei, die hier bereits monatelang liegen und während der ganzen Zeit kein einziges Mal Wäsche gewechselt, kein einziges Mal sich ausgeleitet haben, kein Stüchchen Seife zu Gesicht be-kommen. Wunden von Wunden bilden an den Wänden fette, schwarze Anale; bei Nacht selgen sie herunter und besallen eine mit einer Wut, die zur Verzweiflung bringen kann. Verlaßt wird man unfähig. Ich nahm es mir vor, zweimal täglich „auf die Jagd zu gehen“; man entdeckt sich vom Kopf bis zu den Füßen, und ein jedes Stüchchen wird sorgfältig durchgenommen. Aber was hilft es, wenn man die ekelhaften Geschöpfe auch noch so eifrig ab-

schlachtet. In jeder Wöchnerin legen sie unzählige Eier, und am nächsten Tage muß man von vorne anfangen. Bei der anmutigen „Ersch“, auf die ich mich, wie gesagt, zweimal täglich begab, brachte ich jedesmal — Du wirst über meine eigenartigen statistischen „Forschungen“ lächeln, mir war es aber bitter ernst damit — vierzig bis fünfzig Biester zur Strecke, und einige Stunden später waren sie wieder da.

Wander von den Kerzen, die da mit mir lagen, war so tief heruntergekommen, daß er in eine Art dämpfe Resignation verfiel und sich der Hebermacht des Ungeziefers widerstandslos ergab. So lag da und ließ sich vergehen. Andere gingen von Zeit zu Zeit auf die „Jagd“. Und immer wieder gab da einer von den Zu-schauern den Lieblingsstreich des Arrestanten zum besten. „Rensch, nur nicht wählerisch sein, nicht den Verdächtigen spielen! Suche nicht die fettesten heraus. Der Ordnung nach wird geschlagen, so wie es eben geht.“ Und es wurde tatsächlich der Reihe nach ge-schlagen, methodisch, mit einer echt philosophischen Ruhe und Sammlung... Zeit hatten wir genug...

Hunger litten wir fortwährend. Das Essen war elend und farg demerren. Jedemal, wenn die Schüsseln herein kamen, warf man sich gleich wilden Tieren darauf, und in einem Nu war alles ausgelöffelt. Wer nicht die Fähigkeit besaß, den heißen Drei blüh-schnell herunterzuschlingen, ging ununterrichteter Dinge von der Schüssel weg. Dazu mußte man zu sech, zu acht, manchmal zu fünfzehn Mann zusammen aus einer gemeinsamen Schüssel essen, und es war ekelhaft; Kranke gab es darunter in Hülle und Fülle.

Die Luft... Na, man kann nicht einmal sagen, daß die Luft schlecht war: es war einfach gar keine Luft vorhanden. Der russi-sche Geruch fürchtet sich vor allem vor Kälte; elend angezogen waren die Kerle auch; also kein Mensch wollte etwas davon hören, daß man nachts das Fenster offen läßt. Und der gewisse Kibel stand da und wurde eifrig benützt und... aber genug davon. Nur noch eines: der tägliche Spaziergang über den Gefangnishof dauerte ganze fünfzehn Minuten!

Seitens des Wärterpersonals wurden wir wie Tiere behandelt. Die Stuppenarrestanten sind überhaupt außerhalb jedes Gefehes gestellt — natürlich nicht da jure, wohl aber de facto. Ein Hagel von Schimpfwörtern prasselte auf uns ununterbrochen nieder. Daran gewöhnt man sich schließlich. Man heißt die Jähne zusammen und schweigt. Schweigt aber einer nicht, so ist eine wuchtige Ohr-feige ein kräftiger Rippenstoß oder auch deren mehrere — keine feltene Folge. So zog ich vor, „das Maul zu halten“. Aber auch auf diese Weise konnte man sich nicht vor den verabschieden Schlägen schützen.

Man ist erkrankt und will den Heilgeheuten sprechen. Ein leiniges Schimpfwort ist die Antwort. Man will ein Gefuch ein-reichen und bittet um die Erlaubnis dazu. Der Dialog, der sich dabei entspinnt, ist kurz und stillvoll: „Braucht kein Gefuch zu



gehen, damit er allgemein für Freigabe der Steuererhöhung sorgt.

Am 18. und 19. März haben sich in Weimar der Deutsche Verband für Frauenstimmrecht und die Deutsche Vereinigung für Frauenstimmrecht zu einer neuen Organisation, dem Deutschen Reichsverband für Frauenstimmrecht, zusammengeschlossen.

Der Schleswig-Holsteinische Provinziallandtag hat anderthalb Millionen Mark zur Gewährung von Darlehen an bedürftige Kriegsteilnehmer zur Wiederaufnahme ihres bürgerlichen Berufs nach der Rückkehr in die Heimat bewilligt.

Kardinal Kereker wurde überführt, daher ist eine Briefschmugglerbande bekannt, u. a. zum Verkehr mit der Regierung in Le Havre und mit dem Kaiser, obwohl ihm Gelehenheit geboten war, auf ordnungsmäßigem Wege mit Rom zu verkehren. Nachweis wird es eine Gerichtsverhandlung gegen die Schmuggler geben.

Aus Portugal kommen Berichte über erste Kämpfe. Die Royalisten- und Arbeiterverbände bekämpfen in schärfster Weise die Regierung. Als die Militärbehörden die Arbeitervereinigungen schlossen, folgten Streikempfehlungen zwischen den Arbeitern und dem Militär. Die Soldaten weigerten sich schließlich, von den Waffen Gebrauch zu machen. Die neuen Regimenter, die die meuternden Soldaten ablösen sollten, traten nicht an. Jetzt ist über die unruhigen Landesteile der Belagerungszustand verhängt worden. Die Lebensmittelzufuhr ist im ganzen Lande, wodurch eine gewaltige Teuerung entstanden ist. In den portugiesischen Häfen sind englische Kriegsschiffe eingetroffen.

Zum Beise von 1. März erschien kürzlich die zweite Folge des Werkes „Aus deutschen Gefangenenlagern“ im Verlag der Literarischen Anstalt Mitten & Voening in Frankfurt a. M. und herausgegeben vom „Ausführer für Art und Hilfe. Vermittlung für Ausländer“. Etwa hundert Bilder zeigen das Leben der Kriegsgefangenen; Kuchengitter sind beigefügt; ein erläuternder Text schildert das ganze Treiben. Die reich verzierte Neubearbeitung ist zu begrüßen.

## Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

Berlin, 21. März.

### Der Entwurf eines Fiskalergesetzes

Wird angenommen mit einer Resolution, die strengere Bestrafung der wilden Fiskaler fordert, Einstellung geheimer Mittel in den Haushalt zur Förderung der Kisten- und Wägenindustrie verlangt und die Staatsregierung ersucht, die beim Inkrafttreten des Fiskalergesetzes bestehenden, auf Regel beruhenden Rechte des Staates auf Fiskaler in der Wasserläufe zweiter und dritter Ordnung den Gemeinden und Gutsbezirken gegen eine Entschädigung anzubieten, die den Verhältnissen der Gemeinden oder Gutsbezirke Rechnung trägt.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfs betreffend die Erhöhung der

### Zuschläge zur Einkommensteuer

und zur Ergänzungsteuer auf Grund des Berichtes der berufenen Haushaltskommission. Nach § 1 der Regierungsvorlage sollten für die Zeit vom 1. April 1916 bis zum Beginn des nächsten Etatsjahres, für das ein nach dem Schlage des Krieges aufgewandter Staatshaushalt in Kraft tritt, die Zuschläge für Einkommen von mehr als 2400 Mark und die Zuschläge zur Ergänzungsteuer erhöht werden. Die Kommission hat, wie bekannt, die Erhöhung lediglich für das Etatsjahr 1916 genehmigt. Die von der Regierungsvorlage vorgeschlagene Erhöhung der Einkommensteuer hat die Kommission unbedingte Zustimmung. Danach beginnen die Zuschläge bei den Einkommen von mehr als 2400 Mark ab für die Einkommensklassen, Kommanditgesellschaften auf Aktien und Vermögensgesellschaften mit 15 Prozent, für sonstige Steuerpflichtigen mit 8 Prozent der Einkommensteuer und steigen bei einem Einkommen von über 100 000 Mark bis auf 100 Prozent für juristische Person, 100 Prozent der zu entrichtenden Einkommensteuer für natürliche Personen. Bei der Ergänzungsteuer betragen sie 50 Prozent der jetzt geltenden Steuer. Nach § 2 in der Kommissionsfassung ist aus dem Gesamteinkommen an Einkommensteuer und an Ergänzungsteuer ein Betrag von 100 Millionen zur Deckung des Bedarfs der Staatskassen 1914 zu verwenden.

Die Kommission beantragt ferner Resolutionen, deren wichtigste lautet:

Mit allem Nachdruck im Bundesrat darauf hinzuwirken, daß bei der Erleichterung neuer Einnahmequellen für das Reich jeder weitere Eingriff der Reichsregierung auf dem Gebiete der direkten Besteuerung von Vermögen oder Einkommen vermieden wird und daß der Bundesrat die Möglichkeit, auch in Zukunft ihren wichtigen kulturellen Aufgaben gerecht zu werden, ungehindert erhalten bleibt.

Dann soll die Regierung sorgen, daß mehr Steuerkommissare im Hauptamt angestellt werden, und sie soll zugleich nach Beendigung des Krieges eine Vorlage über Abänderung des Kommunalabgabengesetzes einbringen.

Ein Antrag Borch (Zentr.) verlangt bei einer Revision des Einkommensteuergesetzes einen stärkeren Ausbau des Kinderprivilegs ins Auge zu fassen.

Ein Antrag Dr. Friedberg (natl.) wünscht, im Bundesrat darauf hinzuwirken, daß durch Reichsgesetz eine feste Abgrenzung zwischen Reich und Einzelstaaten in Beziehung auf Steuern und Abgaben erfolgt.

Ein Antrag Braun (Soz.) verlangt, die Regierung zu ersuchen, bei der Aufhebung des Einkommensteuergesetzes darauf Bedacht zu nehmen, daß

1. die Grenze des steuerfreien Einkommens heraufgerückt; 2. der dadurch entstehende Einnahmehaus durch eine stärkere Heranziehung der Einkommen über 100 000 Mark wettgemacht; 3. die Einkommensteuer für alle Steuerpflichtigen festgelegt wird.

Abg. v. Haffel (kon.): Wenn wir heute dem Gesetzentwurf zustimmen, so müssen wir gleichzeitig für jedes weitere Stadium des Gesetzes unsere Stellung vorbehalten. Wir befürworten vor allem die Annahme der Resolution über die direkten Steuern. Die direkte Besteuerung darf nur so weit gehen, daß die Bildung von Kapital nicht verhindert wird. Denn durch die Verhinderung der Kapitalbildung wird die Industrie lahmgelegt und letzten Endes würden dadurch die Arbeiter leiden. Angesichts der kommunalen Steuerzuschläge und der wachsenden Arbeitslosen der Gemeinden ist die Frage zu prüfen, ob mit der Vorlage die Grenze der Besteuerungsmöglichkeit nicht bereits erreicht ist.

Abg. Dr. Krummer (Ztr.): Wir werden für die Vorlage stimmen. Wenn unsere Krieger bereit sind, ihr Blut für das Vaterland zu opfern, so ist es Pflicht der Dahingeliebenen, zu ihrem Teil dem Vaterlande zu geben, was es braucht. Wir bedauern, daß das Kinderprivileg in unserer Steuerreform nicht weiter ausgebaut worden ist.

Präsident Graf Schwerin teilt mit, daß heute nachmittags 5½ Uhr Graf Reppel einen Vortrag über seine neue Erfindung halten wird. (Beifall.)

Abg. Dr. Friedberg (natl.) begründet seinen Antrag, daß durch Reichsgesetz eine feste Abgrenzung zwischen Reich und Einzelstaaten in Bezug auf Steuern und Abgaben erfolgt. Die Sozialdemokraten beantragen, daß die großen Vermögen durch die Vorlage noch härter herangezogen werden sollen. Wir werden aber nach dem Kriege so viel Kapitalbedarf haben, daß wir alle Veranlassung haben, zu sparen und das vorhandene Kapital zu schonen. Nach unserer Überzeugung ist in der Begründung der Vorlage die Notwendigkeit der Einbringung des Gesetzentwurfes nicht nachzuweisen. Wir bedauern, daß in der Vorlage das Einkommensteuergesetz nicht weiter behandelt worden ist. Wir halten auch unsere

Forderung nach Quotifizierung der Steuern für berechtigt. Vor allem aber stellen wir die Forderung, daß auch auf dem in Rede stehenden Gebiete für positive kräftige Zusammenarbeit gesorgt wird. (Beifall.)

Finanzminister Dr. Henke: Wir haben jetzt gar nicht die notwendigen Verhältnisse zur Verfügung, um die verlangten Stellen für besondere Veranlagungskommissare zu besetzen. Die Regierung beabsichtigt, Stellung für die Dauer des Krieges und Außerordentlichkeiten bei der Aufstellung des ersten Friedensstaats. Das hohe Haus hat nun leider in einigen Punkten der Regierungsvorlage nicht zugestimmt. Ich muß mich beklagen, wenn mir einmal 100 Millionen bewilligt werden, obwohl ich es für richtig gehalten hätte, wenn bei dem erhöhten Bedarf der nächsten Jahre der Entwurf nach der Regierungsvorlage angenommen worden wäre. Gegen Quotifizierung der Einkommensteuer habe ich Bedenken. Wir brauchen eine Festlegung der Steuern auf längere Zeit. Wenn wir bei dem Entwurf die kleinen Einkommen mehr als bisher freigelassen haben, so haben wir es mit Rücksicht auf die außerordentlichen Teuerung getan. In Zukunft wird dies jedoch nicht möglich sein, da nach Ansicht der Regierung die direkten Steuern von der Allgemeinheit getragen werden müssen. Die Sozialdemokraten wollen, daß die Einkommen über 100 000 Mark höher als in dem Gesetz beabsichtigt dabei betroffen werden. Wir halten es aber für bedenklich, daß durch eine Erhöhung der Einkommensteuer die Einkommen über 100 000 Mark und Gewerbe lahmgelegt und am weiteren Schaffen gehindert werden. Die vorliegende Steuerreform ist eine Kriegsarbeit, bei der nicht alle Wünsche berücksichtigt werden konnten. Nach dem Kriege werden wir ein hoffentlich alle Teile befriedigendes Steuergesetz bekommen. (Heiterkeit und Beifall.)

Abg. Dr. Gaffel (Radik. Vgl.): Wenn wir die Zuschläge einmal haben, dann werden sie auch nach dem Kriege nicht verschwinden. Die Gründe, mit denen der Finanzminister die Quotifizierung der Einkommensteuer ablehnt, kann ich als stichhaltig nicht ansehen. Der Resolution, die die direkten Steuern dem Reich entziehen will, können wir nicht zustimmen. Taggen halten wir eine feste Abgrenzung zwischen dem Reich und den Einzelstaaten, wie sie der Antrag der National Liberalen will, für richtig. Wir haben die Befürchtung, daß die Steuerzuschläge die Wahlverhältnisse in plötzlicher Weise verschieben.

Finanzminister Dr. Henke: Die vom Vordränger zuletzt ausgesprochene Versicherung ist nicht begründet. Ich habe bereits darauf hingewiesen, daß ebenso wie die alten Steuerzuschläge die neuen bei der Aufstellung der Wahlverhältnisse in Anrechnung kommen.

Abg. Hirsch (Soz.): Wenn es zur Deckung des vorhandenen Defizits nur die beiden Möglichkeiten gäbe, eine neue Defizitleihe aufzunehmen oder die Steuerzuschläge zu erhöhen, so würden wir den Weg der Steuerzuschläge der Defizitleihe vorziehen. Es fragt sich aber, ob es nicht noch einen dritten Weg gibt, um das Defizit zu decken. In der Kommission ist es auch bereits angedeutet worden. Es können durch Streichung gewisser Staatspostitionen noch viele Millionen gewonnen werden. Dabei denken wir an die Postitionen, die angeblich zur Förderung der Jugendberufshilfe, in Wirklichkeit aber zur Bekämpfung der sozialdemokratischen Jugendorganisationen und zur Bekämpfung der sozialdemokratischen Jugendorganisationen dienen. (Sehr wahr!) Bei den Sozialdemokraten. Ferner an die bekannten Ausgaben für Geheimdienste im Interesse der Polizei, an die Kampfsituationen gegen die baltische und polnische Bevölkerung. Solange solche Postitionen nicht aus dem Etat gestrichen sind, wird es sich eine Partei, die auf dem Boden der Gleichberechtigung aller Staatsbürger steht, doppelt und dreifach überlegen müssen, ob sie neuen Steuern ihre Zustimmung geben kann. Im Übrigen haben wir keine Veranlassung, bereits im gegenwärtigen Zeitpunkt der Verhandlungen unsere endgültige Stellungnahme zur Vorlage festzulegen. Wir hätten es lieber gesehen, wenn die Regierung bereits jetzt ganze Arbeit gemacht und eine durchgreifende

Reform sowohl der staatlichen Steuererhebung, wie des Kommunalabgabengesetzes

gebracht hätte. Wir geben zu, daß die Verhältnisse noch nicht so durchsichtig sind, um vollkommen überlegen zu können, wie sich die Finanzen nach dem Kriege gestalten. Daher ist es begreiflich, wenn der Finanzminister sich vorläufig auf eine kurze Revolte beschränkt. Wenn wir eine wirkliche Reform vorgelegt bekommen hätten, wäre es zweifellos möglich gewesen, die Kinderbewilligungen mehr als bisher von der Steuerpflicht zu entlasten und vor allem den Gemeindefinanzen Mittel und Wege an die Hand zu geben, damit sie die Aufgaben besser erfüllen können, die ihnen bereits vor dem Kriege vorstanden und die sie während des Krieges in noch weit höherem Maße zu lösen gezwungen gewesen sind. Aufgeben, durch die sie ganz erheblich finanziell belastet werden. Es ist dringend notwendig, daß unmittelbar nach Beendigung des Krieges eine Revolte zum Kommunalabgabengesetz dem Landtag unterbreitet wird. (Sehr richtig!) Darüber, daß die neuen Steuerzuschläge nur auf ein Jahr befristet werden sollen, hat in der Kommission völlige Einstimmigkeit geherrscht. Gegenüber unserem Antrag, die Einkommen unter 6000 Mark von den neuen Steuerzuschlägen freizulassen, kam der Minister mit einem Argument, das, wenn Worte einen Sinn haben, nur bedeuten konnte, wir hätten den Antrag nicht aus sachlichen Gründen, sondern aus opportunistischen Gründen gestellt. Ich hätte gedacht, daß wenigstens in einer Zeit, wo angeblich Bürgerrechte herrschen, vom Regierungssitz herab keine verdeckten Angriffe gegen uns nicht erfolgen können. Selbstverständlich haben wir das Recht, zu jeder Vorlage der Regierung Änderungsanträge einzubringen; das werden wir uns niemals nehmen lassen. (Sehr wahr!) Bei den Sozialdemokraten. Schließlich ist unser Antrag vollumfänglich begründet. Sein finanzieller Effekt spielt für die Regierung keine Rolle. Der Minister hat selbst ausgesprochen, daß die neuen Zuschläge für die Einkommen bis 6000 Mark noch nicht einmal zwei Millionen einbringen. Im übrigen haben wir auch den Weg angegeben, wie der Haushalt wieder eingebracht werden kann, nämlich dadurch, daß mit der Progression nicht halt gemacht wird bei den Einkommen von 100 000 Mark. Wir beantragen 125 Prozent Zuschlag bei den Einkommen von 200 000 Mark. Das sind 6 Prozent, und wenn bei 200 000 Mark 8 Prozent erhoben werden, so sind 9 Prozent bei 200 000 Mark wahrscheinlich nicht zu viel. Die Erhöhung der Zuschläge zur Ergänzungsteuer auf 75 Prozent, die wir beantragen, ist in der Kommission sogar von nationalliberaler Seite als eine Erhöhung bezeichnet, gegen die man kaum etwas einwenden könnte.

Der Minister hat von der rechtlichen Wirkung des Steuerjahrens gesprochen. Nun, diese rechtliche Wirkung bekommt heute schon jeder Staatsbürger in reichlichem Maße zu spüren, wir dürfen doch nicht vergessen, in wie hohem Maße die preussischen Staatsbürger mit indirekten Reichsteuern belastet sind. Gerade der jetzige Zeitpunkt ist der denkbar ungeeignete, um die kleineren und mittleren Einkommen noch weiter zu belasten. Und gerade vom Standpunkte der Herren aus, die sich fortgesetzt als Freunde des Mittelstandes ausgeben, ist der Widerstand gegen unseren Antrag unbegreiflich. Mit seiner Anerkennung, daß je höher die Produktion ist, desto mehr die Last zur Steuerentlastung zu tragen treten werde, hat der Finanzminister gewissen Kreisen der Besitzenden gerade sein schmeichelestes Zeugnis ausgestellt. (Sehr wahr!) Ich halte es auch nicht für denkbar, daß das Herrenhaus in einer Zeit, wo jeder Opfer zu bringen verpflichtet ist, einer härteren Progression Widerstand leisten wird. Im Gegenteil, gerade das Herrenhaus möchte sich bereit erklären, dafür zu sorgen, daß die Besitzenden Kreise entsprechend Opfer bringen. (Sehr wahr!) Bei den Soz.

Unsere Wünsche bezüglich der zu erwartenden Reform haben wir in einem Antrag niedergelegt, der selbstverständlich nicht erscheidend ist. Der Wunsch auf Herabsetzung der Grenze des steuerfreien Einkommens ist durchaus berechtigt. Wenn die Regierung im Jahre 1883 die Einkommen bis zu 1200 Mark freilassen wollte, dann ist es angeht das gesunkenen Geldwertes wirklich nicht zu viel verlangt, wenn man heute mit der Grenze auf mindestens 1500 Mark hinaufsetzt. Der Finanzminister meint, es solle jeder zahlen. Wenn er auf diesem Standpunkt steht, dann möchte er lauscherweise mit der Steuerpflicht noch weiter herunter gehen als heute. Natürlich soll jeder zahlen, aber doch nur, wenn er dazu

imstande ist, und Jenseits mit einem Einkommen unter 1500 Mark sind bei den heutigen teuren Lebensverhältnissen nicht in der Lage dazu. Der durch Annahme unseres Antrags entstehende Ausfall von Steuern könnte entweder gedeckt werden durch eine stärkere Progression bei den hohen Einkommen und bei den Vermögen aber aber durch eine gerechtere Heranziehung aller Einkommen und Vermögen zur Steuer. Dies wird am besten erreicht, wenn man den Landräten die Veranlagungsgeschäfte abnimmt und besondere Steuerkommissare im Hauptamt anstellt, aber nicht nur in Gegenden mit schwierigen Verhältnissen, sondern ganz allgemein. (Sehr richtig! links.) Eine große Ungerechtigkeit besteht der § 23, dessen Aufhebung wir beantragen, und durch den die Arbeiterklasse progressional weit höher belastet wird als alle übrigen Schichten der Bevölkerung. Für einen weiteren Ausbau des Kinderprivilegs sind wir selbstverständlich zu haben. Wenn der Finanzminister gegen den Antrag ins Feld führt, daß dadurch den Kommunen Einnahmequellen genommen würden, so hat er in gewissem Sinne recht. Er vergißt nur, daß wir gleichzeitig eine durchgreifende Reform des Kommunalabgabengesetzes verlangen, und es sollte doch wahrhaftig nicht allzu schwer sein, den Gemeinden neue Einnahmequellen zu erschließen. Gewiß, der Minister hat mit seinen früheren Vorschlägen wenig Glück gehabt. Das liegt vielleicht daran, weil sie verhältnismäßig vernünftig waren und deshalb keine Anstöße auf Annahme hatten. (Heiterkeit und sehr gut! bei den Soz.) Hoffentlich werden aber die Herren, die sich früher den Vorschlägen der Regierung widersetzt haben, durch die Erfahrungen des Krieges davon belehrt gelassen, daß es unbedingt notwendig ist, den Gemeinden zu helfen. (Sehr richtig! links.)

Für die Resolutionen, die sich gegen die Erleichterung neuer Einnahmequellen für das Reich durch direkte Besteuerung von Vermögen oder Einkommen wenden, können wir nicht stimmen, wenn im bayerischen Landtag eine solche Resolution angenommen ist, so beweist das nicht, daß sie gut ist. Wir werden sie genau so wie meine Freunde im bayerischen Landtag ablehnen, denn wir erblicken darin einen erneuten Versuch, das Reich auf den Weg der indirekten Besteuerung zu drängen. (Sehr wahr!) Bei den Sozialdemokraten. Herr v. Haffel hat auch seinen Zweifel darüber gelassen, daß das die Absicht der Antragsteller ist. Herr v. Haffel hat sich auf einen Artikel meines Parteifreundes Rößel bezogen. Wenn Rößel schreibt: „Indirekte Reichsteuern sind für das Reich jetzt absolut unentbehrlich; die Heranziehung, alle indirekten Steuern auszubauen und durch direkte zu ersetzen, ist eine Utopie, so ist das die Ansicht eines einzelnen Sozialdemokraten. (Sehr wahr!) bei den Sozialdemokraten.“ Ob mein Parteigenosse Rößel mit dieser Ansicht irgend welche Projekte machen wird, müssen wir abwarten. Vorläufig weiß noch niemand von uns, welchen Standpunkt die sozialdemokratische Reichstagsfraktion zu den neuen Steuerentwürfen einnimmt. Die sozialdemokratische Landtagsfraktion ist jedenfalls vollständig einmütig darin, daß wir indirekte Steuern entsprechend dem erstürzten Parteiprogramm abzubauen haben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Nicht Abbauregungen einzelner Sozialdemokraten, sondern allein das Programm, auf Grund dessen wir gewählt sind, ist für uns maßgebend. (Sehr wahr!) bei den Sozialdemokraten. Wir fordern gerade im Gegenteil zu der Resolution der Kommission einen Ausbau der direkten Steuern auch durch das Reich, weil wir die direkten Steuern für die einzig und allein gerechten halten. Und daß das Reich die Möglichkeit hat, die direkten Steuern noch erheblich auszubauen, wird Ihnen hoffentlich klar werden durch die Anträge, die meine Freunde im Reichstag zu den dort jetzt zur Beratung stehenden Steuerentwürfen stellen werden. (Sehr wahr!) bei den Sozialdemokraten. Man hat gesagt, durch zu hohe direkte Steuern werde die Akkumulation des Kapitals gehindert und der Unternehmungsgeist dadurch geschwächt. Dieser Grund ist längst durch die Erfahrung widerlegt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wo soll denn die Grenze sein, von der ab der Unternehmungsgeist geschwächt wird, wenn die Steuer zu hoch ist? Bei einer Steuer von 100 Prozent würde allerdings niemand mehr ein Interesse daran haben, etwas zu unternehmen, wenn er doch dem Staate alles geben muß. Aber daß der Unternehmungsgeist schwächer wird, deshalb, weil man 5 Prozent Steuern auf dem Akte des Vaterlandes opfern soll, glaube ich sicher nicht, noch dazu, wo von diesen 5 Prozent 3 Prozent ausdrücklich eine Kriegsteuer sind, die die Lasten des Staates mit tragen helfen sollen, die der Krieg uns aufgebürdet hat. Täuschen wir uns darüber nicht: die Resolution bedeutet den Versuch, die Lasten des Krieges zum größten Teil wieder auf die Waage der Besteuerung abzuwälzen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Einer Handvoll Produzenten zuliebe sollen die Arbeiter, wenn sie aus den Schützengräben heimkehren, noch weiter für die notwendigen Lebensmittel unerschwinglich hohe Preise zahlen. Das ist der Danks, den die unseren Kriegern abtun. (Sehr wahr!) bei den Sozialdemokraten. So wills Preußen, und Sie hoffen, Ihren Willen dem Reichstag und dem Bundesrat aufzuzwingen. Wir hoffen aber, daß nicht der Wille des reichlichen Abgeordnetenhauses in dieser Frage maßgebend sein wird, sondern der Wille der geschätzten Körperschaften des Reiches, und wir sind der festen Überzeugung, daß der Reichstag Ihnen einen Strich durch die Rechnung machen wird. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Rößel (kon.): Wir hoffen, daß die von dem Vordränger bekämpfte Resolution von dem Hause mit großer Mehrheit angenommen wird. Im übrigen brauche ich auf seine Ausführungen nicht weiter einzugehen. Der sachliche Ton seiner Rede wird erfreulich ab von anderen Ausführungen, die wir von jener Seite in den letzten Tagen gehört haben.

Der Gesetzentwurf wird nach den Beschlüssen der Kommission angenommen, ebenso die Resolutionen der Kommission. Der Antrag des Zentrums wird angenommen. Die übrigen Anträge werden abgelehnt. Die Tagesordnung ist erledigt.

Nächste Sitzung Mittwoch 11 Uhr: Dritte Lesung des Fiskalergesetzes und des Steuergesetzes, kleinere Vorlagen.

Auf Anfrage des Abg. Ströbel (Soz.) erklärt Präsident Graf Schwerin, daß auf die Beschwerde des Abg. Ströbel gegen die Wahlentscheidung durch das Haus in der gestrigen Sitzung ein schriftlicher Bescheid erfolgen werde.

Schluß gegen 14 Uhr.

## Aus der Partei.

### Geillose Verwirrung.

So nennt die „Vorw. Arb.-Ztg.“ das folgende Anmerk., das auch im Hannoverschen „Volkswillen“ erschien:

### Öffentlicher Vortrag

des Dr. G. A. Oertel, Reichstagsabgeordneter aus Berlin, über

### „Der Segen des Krieges“

am Sonntag den 19. März, nachmittags 5½ Uhr pünktlich, im großen Saale des katholischen Vereinshauses in Hildesheim. Eintritt frei.

Der Ausfühder der deutsch-hannoverschen, konfessionellen, nationalliberalen, sozialdemokratischen und Zentrumspartei in Hildesheim.

Oertel ist Chefredakteur der „Deutschen Tageszeitung“. — Das folgende Anmerk. ihm das Podium gimmern helfen, auf dem er leidenschaftlich den Segen des Krieges preisen kann, daß geht natürlich noch hinaus über die politischen Kräfte von Sozialdemokraten in alldutschen Wochenchriften.

Drei neue aktuelle Broschüren hat soeben die Buchhandlung „Vorwärts“ (Berlin) herausgegeben: „Schiedmann: Es lebe der Frieden!“, Preis 75 Pfennig, „Reinhold: Die 40 Pfennig“, „Für die Einheit der Partei“, Preis 60 Pfennig, „Reinhold: Die 40 Pfennig“, „Sozialdemokratie und nationale Verteidigung“, Preis 75 Pfennig, „Reinhold: Die 40 Pfennig.“



